

Iran verzichtet vorerst auf Bargeldtransfer

Hamburg, 04.09.2018, 18:06 Uhr

GDN - Die Europäisch-Iranische Handelsbank (EIHB) will ihr Vorhaben, 300 Millionen Euro in bar aus Deutschland nach Teheran auszufliegen, zumindest vorerst nicht weiter verfolgen. Nach Informationen von "Süddeutscher Zeitung", NDR und WDR teilte das im iranischen Staatsbesitz befindliche Hamburger Geldhaus dies gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) in Bonn mit.

Inzwischen wurde auch die Bundesregierung über die Entscheidung der Bank informiert. Beteiligte Ministerien wollten sich zu dem Vorgang nicht äußern. Auch die Bank ließ eine Anfrage unbeantwortet. Der bereits im Juni von der EIHB dem Zoll gemeldete beabsichtigte Bargeldtransfer hatte höchste Regierungsstellen beschäftigt und drohte sich zu einer außenpolitischen Krise auszuweiten: Die US-Regierung hatte Kanzleramt und Außenministerium massiv gedrängt, die Ausfuhr der Noten keinesfalls freizugeben. Es gebe Hinweise, dass das Geld von Teheran zur Unterstützung terroristischer Gruppierungen verwendet werde, hatte der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, gewarnt. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurden entsprechende Erkenntnisse übermittelt. Deutsche Geheimdienste sahen darin aber nach Prüfung keine eindeutigen Belege. Die Behauptung der Iraner, man benötige das Geld etwa für Geschäftsreisende, weil diese keinen Zugang zu Kreditkarten mehr hätten, sei plausibel. Zudem bemüht sich die Bundesregierung derzeit darum, das von den USA aufgekündigte Atomabkommen mit Iran zu erhalten und europäische Handelsgeschäfte vor drohenden US-Sanktionen zu schützen. Trotz dieser Bestrebungen ziehen sich immer mehr große deutsche Unternehmen aus Iran zurück. Iran hat inzwischen verschiedentlich selbst damit gedroht, das Abkommen aufzukündigen. In dieser Situation eine Auszahlung eines in Deutschland lagernden iranischen Guthabens zu verweigern, galt als politisch schwierig. Man wollte eine offene Auseinandersetzung mit der US-Regierung vermeiden: In Berlin war man unsicher, wie US-Präsident Donald Trump, der Deutschland in der Vergangenheit immer wieder hart angegangen war, reagieren würde. Das überraschende Zurückziehen der geplanten Ausfuhr steht offenbar im Zusammenhang mit einer derzeit laufenden Prüfung der Bafin bei der EIHB. Diese muss nachweisen, dass sie alle Vorkehrungen zur Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einhält. Da Iran auf einer Liste sogenannter Hochrisikostaat der internationalen "Financial Action Task Force" steht, scheint dieser Nachweis schwer zu erbringen zu sein. Auch die Bundesbank hat ihre Geschäftsbedingungen wegen des Vorfalls jüngst geändert und könnte einen solchen Transfer nun selbst untersagen. Die 300 Millionen Euro sind Teil einer Milliardensumme, die sich auf den Konten der EIHB angesammelt hat; die Erlöse aus iranisch-indischen Ölgeschäften wurden seit Jahren in Hamburg verbucht. Es gilt als nicht ausgeschlossen, dass die EIHB - je nach Ausgang der Bafin-Prüfung - erneut versuchen wird, Bargeld nach Iran auszuführen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111392/iran-verzichtet-vorerst-auf-bargeldtransfer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619